

„Eine menschliche Katastrophe“

Ukraine Es herrscht Krieg – mitten in Europa. Menschen, die am Donnerstagvormittag in Kaufbeuren unterwegs sind, zeigen sich entsetzt, Politiker aus der Region verurteilen Putins Angriff. Humedica bereitet Transport vor.

VON KATHARINA GSÖLL
UND RENATE MEIER

Kaufbeuren Der Angriff Russlands auf die Ukraine löst auch in Kaufbeuren großes Entsetzen und Unverständnis aus. Bei Organisationen, in der Politik – und bei den Menschen auf der Straße. Die meisten verfolgen die Verhandlungen seit Wochen mit Sorge. „Ich habe zwar gehofft, dass die Sanktionen Putin zum Ein-



A. Valvasori

lenken bewegen und es nicht zu einem Krieg kommt“, sagt Alexander Valvasori. Trotzdem habe er damit gerechnet: Die Situation sei verfahren, Putin habe Angst vor der Demokratiebewegung in Osteuropa, glaubt der 44-Jährige. Er denke an seine ukrainischen Kollegen, wisse aber nicht genau, wie es ihnen geht. Zudem fürchtet der Türkheimer, dass sich das Kriegsgeschehen weiter ausbreitet, „und die baltischen

Staaten hineingezogen werden“. Auch Elfriede Langwalder ist schockiert, „dass mitten in Europa wieder Krieg herrscht – eine menschliche Katastrophe, die überhaupt nicht sein müsste. Es gibt genug Elend auf der Welt“. Direkt betroffenen sei sie nicht, sagt die 66-Jährige, „aber ein Kollege aus meiner früheren Tätigkeit in der Altenpflege stammt aus der Ukraine. Er unterstützt seine Eltern, die nach wie vor dort leben“.



Elfriede Langwalder

Das Russland die Ukraine angreifen wird, hat Heinz Nell befürchtet – und doch bis zuletzt auf eine diplomatische Lösung gehofft. „Die wurde ja von allen Beteiligten angestrebt. Aber ich denke, dass die Eskalation drohte, seit Putin die Separatistenregionen als unabhängig anerkannt hat“, sagt der 71-jährige Kaufbeurer. Der Krieg beschäftigt ihn: „So etwas kann man nicht verhindern.“ Genau das aber hat Sarah

Nahm versucht: „Ich habe in letzter Zeit keine Nachrichten verfolgt, weil ich mir nicht selbst weh tun will“, erklärt die 54-Jährige. Hauptgrund seien die Diskussionen um die Corona-Impfung gewesen. Doch Anfang der Woche habe sie mit 17.000 anderen Menschen via Youtube an einem Friedensgebet teilgenommen. „Dabei war die Ukraine natürlich ein Thema. Das macht einem Sorgen, das Land liegt ja auch nicht weit entfernt.“



Heinz Nell

Entsetzt darüber, was in der Ukraine geschieht, ist Klaus Prestele, Geschäftsführer der Lebenshilfe Ostallgäu-Kaufbeuren. Seit Jahren arbeitet die Lebenshilfe mit ukrainischen Organisationen eng zusammen, etwa beim Austausch von Fachkräften und inklusiven Programmen, bei denen sich Jugendliche aus dem Ostallgäu und Tscherniwzi in der Ukraine begegnen. Mit

der Leiterin der Partnerorganisation „Dzvinochok“, Ludmila Krestianikova, hatte Prestele am Donnerstagmorgen Kontakt: „Das Team vor Ort ist extrem verunsichert“. Im Krieg leiden die Schwächsten der Gesellschaft besonders – in der Ukraine vor allem Menschen mit Behinderung, so Prestele. Einen konkreten Einsatz bereitet die Kaufbeurer Organisation Humedica vor, so Geschäftsführer Johannes Peter.



Sarah Nahm

Er rechnet mit Versorgungsengpässen in der Ukraine selbst und den Grenzgebieten Rumäniens, Polens oder Moldawiens, in die jetzt viele Menschen fliehen. Humedica will deshalb Hilfsgüter dorthin transportieren – Lebensmittel, Hygieneartikel, aber auch medizinische Güter wie Verbandstoffe. Den Einmarsch Russlands in die Ukraine verurteilen Bundespolitiker aus der Region. „Mit dem An-

griffskrieg gegen die Ukraine tritt der russische Präsident die Friedensordnung mit den Füßen und bricht das Völkerrecht, um seine Einflussphäre zu vergrößern. Wir müssen Russland unmissverständlich die Stirn bieten, um weitere Aggressionen Moskaus zu unterbinden“, sagt der Kaufbeurer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU). Er fordert „spürbare Sanktionen“. Russland hänge wirtschaftlich stärker vom Westen ab als umgekehrt. „Das müssen wir jetzt nutzen. Putins skrupelloser Plan darf nicht aufgehen.“ Die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, Susanne Fersch spricht von einem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands“, den sie „in jeglicher Form verurteilt“. Die Bundesregierung sieht sie „dringend gefordert“, auf Russland einzuwirken, damit es zu einem Waffenstillstand kommt und die Parteien an den Verhandlungstisch zurückkehren. Ob Sanktionen jetzt der richtige Weg sind, könne sie nicht sicher sagen.